

Fernsprecher:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postcheckkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden K. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische
Vollzeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich 24 M., halbjährlich 46 M., monatlich 8 M. frei Haus.
Eingelassene Artikel: Die Redaktion behält sich das Recht vor, aus dem Inhalt der eingelassenen Artikel auszuschneiden, was sie für notwendig erachtet.

Abgabe: Abgabe von Zeitungsbelegungen bis 10 Uhr vorm.
Abgabe von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Abgabe von Anzeigen bis 12 Uhr mitt.
Abgabe von Anzeigen bis 12 Uhr mitt.
Abgabe von Anzeigen bis 12 Uhr mitt.

Tageschau

Die Budapest Polizeibehörde veröffentlicht eine Erklärung, demgemäß die Mitglieder der Ungarischen Arbeiterpartei nicht in Budapest weilen sollen, mithin auch nicht unter dem Schutze der erwachenden Hungarn stehen.

Nachdem Bonomi dem König die Demission des italienischen Kabinetts überreichte, nimmt man an, daß jetzt eine Kandidatur de Nicolais folgen wird.

Die Mitglieder des diplomatischen Korps beim Vatikan haben dem Papste ihre Verehrungsbriefe überreicht, wobei der spanische Gesandte in einer Ansprache die Freude der ganzen Welt über die Wahl des Papstes ausdrückte. Der Papst erklärte, daß er mit besonderem Vertrauen die Wünsche für das große universelle Friedenswerk entgegennehme, denn nicht sei notwendig die Schaffung des wahren Friedens.

Anlässlich des Besuchs der Leipziger Messe wird Ministerpräsident Lud mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Verckenfeld eine Besprechung in Dresden haben.

Das Verfahren in der Reichsbahnangelegenheit des Abgeordneten Dietz gegen die „Germania“ aus Anlaß eines Artikels über den Erzbergermord wird wieder aufgenommen werden.

Mit einem Streik der Arbeiterschaft auf der Danziger Werft ist zu rechnen, doch sollen nochmals die Vertrauensmänner berufen werden.

Die Verhandlungen über die Koalitionserweiterung in Bayern werden in ihrer neuen Fassung in dieser Woche den Fraktionen vorgelegt werden. Von entscheidenden Beschüssen in der Frage der Koalitionserweiterung kann bisher keine Rede sein.

Parität in den Gemeinden

„Die Imparität, gegen die das Zentrum stets gekämpft hat, ist soeben, das Tor ist geöffnet,“ so konnte Reichstagsabgeordneter Dr. Lauther auf dem Reichsparteitag feststellen, dessen Verhandlungen auch an manchen anderen Stellen auf das Gebiet des Gemeindelebens übergriffen. Der Kampf gegen die Zurücksetzung katholischer Kandidaten und vor allem von Zentrumsanhängern bei der Besetzung leitender Beamtenstellen ist in den Jahren seit der Revolution erstklassig etwas in den Hintergrund getreten. Wenn man die letzten Jahre unserer Zeitungen durchgeht und die Hauptfragen, die damals immer wieder ihre Behandlung fanden, herausfährt, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß unsere Gesinnungsgenossen in den kommunalen Körperschaften einen großen Teil ihrer Arbeitskraft und ihres Einflusses dafür aufopfern mußten, um die staatsmännliche Ausgestaltung der unserer Weltanschauung angehörigen Beamten zu verhindern und wenigstens einigermaßen Parität zu schaffen. Die Repräsentanten des alten Systems auf den Rathhäusern, die liberalen Katholikensprecher, sind durch die Revolution aus der übertragenden Machtstellung herausgedrängt worden und die Zentrumspartei hat sich diesbezüglich auf der Grundlage des demokratischen Wahlrechtes den Einfluß sichern können, der ihr jahrzehntelang von den Vertretern der „liberalen“ geschrieben hatten, die aber in der Praxis so wenig liberal waren, daß sie auch dem katholischen Volksteil und vor allem den Angehörigen der Zentrumspartei Gerechtigkeit widerfahren ließen.

Seit der Revolution ist ungewisshaft in dieser Beziehung manches besser geworden und es konnte auch schließlich nicht anders sein. Denn das Zentrum trägt, wie im Reich und Staat, so auch in vielen großen und kleinen Gemeinwesen die Hauptlast der Verantwortung für die Volkswirtschaft des Ganzen und da ist es nur selbstverständlich, daß wir uns auch bei der Besetzung der leitenden Stellen in der Gemeinde den gebührenden Einfluß sichern. Wir sind die letzten, die eine Fülle von Parteipolitik in der Gemeinde wollen, aber wir sind nicht dumm genug, um uns weismachen zu lassen, daß berufliche Tüchtigkeit und soziale Beschäftigung für die Bekleidung wichtiger Stellen immer nur bei den anderen zu finden sind. Von unserer Partei ist immer der Wunsch verfolgt worden, daß die erste Voraussetzung für die Besetzung der leitenden Stellen die Tüchtigkeit des Bewerbers sein muß, daß wir aber unter mehreren Bewerbern gleicher Tüchtigkeit dem den Vorrang geben, der unserer Weltanschauung nahesteht, um dadurch die alle Zurücksetzung der Zentrumsausscheidungen allmählich auszugleichen und um Vorsehung zu treffen, daß auch in der Führung der Verwaltungsgeschäfte die Grundzüge nach Möglichkeit ihre Anwendung finden, die wir in den gesetzgebenden Körperschaften unserer Arbeit setzen legen. Es wäre aber verfehlt, wenn unsere kommunalen Fraktionen jetzt in dem Bewußtsein, daß vieles besser geworden ist, die Hände in den Schoß legen. Wir sind noch lange nicht so weit, daß wir die alte Ungerechtigkeit als beseitigt ansehen können. Wenn man heute die Zahl der auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Kommunalbeamten genau feststellen könnte, so würde sich trotz der unüberkennbaren Besserung ergeben, daß unsere Partei keineswegs in der Besetzung der leitenden Beamtenstellen ihrer Bedeutung und ihrem Einfluß entsprechend berücksichtigt ist. Vor wenigen Wochen erst konnte der Abgeordnete Blank (Hannover) im preussischen Landtage feststellen, daß dem Zentrum in Preußen geradezu nahesteht: zwei Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten, kein Polizeipräsident und bei schärfster Beleuchtung kaum anderthalb Duzend Landräte, alles in allem also 23 politische Beamte. Das verdient festgehalten zu werden gegenüber einem Polizeizuge, den neuerdings die Reichsheilsozialdemokratie in Westdeutschland „gegen die Zentrumsherrschaft“ zu führen für notwendig hält. Die „Reinische Zeitung“ und dann die „Eisener Arbeiterzeitung“ lassen sich fabrizierte Zuschriften aus den einzelnen Städten schicken, in denen über die Imparität des Zentrums bittere Klagen geführt und ihm der Kampf angesetzt wird: Die Politik des Zentrums hat nun eine Grenze erreicht, an der sie den eufroschenden Widerstand unserer Partei finden muß. Es sind in den vergangenen Wochen sehr viele bittere Beschwerden über die Vernachlässigung unserer Partei in Stadt und Land an uns gelangt, daß weiteres Schweigen große Pflichtverletzung wäre.“ Es verdient darauf hingewiesen zu werden, daß der Kampf um die Parität der nunmehr allem Aufsehen nach in erneuter Heftigkeit entbrennen soll, nun gegen eine andere Front geführt werden muß: gegen sozialistische Inbuddensart. Es ist merkwürdig, wie rasch gerade die sozialistischen Kreise, die in revolutionären Zeitschriften mit einem großen Aufwand von Worten gegen die einseitige Zusammensetzung der Beamtenschaft zu Felde zogen, heute bereuen haben, daß auch die nichtsozialistischen Volksteile ihre gebührende Vertretung in der Verwaltung fordern dürfen. Wir meinen, daß die Sozialdemokraten da selbst im Glashaufe stehen: Sollen wir die eigenartigen Vorgänge bei der ersten Reichstagswahl in Groß-Berlin aufrollen, sollen wir an die Stellenansprechungen „zur für sozialistische Bewerber“ erinnern, sollen wir auf die Zurückdrängung des Zentrums auf Stadtrats- u. Stadtvorstandswahlkreisen in Dortmund und Breslau hinweisen, wo die Sozialdemokraten sich mit den Liberalen gegen das Zentrum einträchtig zusammenschlossen? Sollen wir mit anderen Tatsachen aufwarten? Wir glauben, daß die Sozialdemokraten bei der Besetzung leitender Verwaltungsstellen vom Minister des Innern abwärts nicht zu klagen haben. An der Spitze des Ministeriums des Innern, des wichtigsten Ministeriums in Preußen, hat niemals ein Zentrumsmann gestanden, wohl aber in der Nachkriegszeit der Nachrevolutionen ein Sozialdemokrat. Und dieser Sozialdemokrat Ederling hat am 18. Oktober 1921 im Landtage selbst festgestellt, daß von den leitenden Verwaltungsbeamten damals den Demokraten 62, den Sozialdemokraten 60 zugeschieden sind. Hält man den von dem sozialdemokratischen Minister angeführten Zahlen, die sich aus vier Oberpräsidenten, vier Regierungspräsidenten und ungefähr 63 Landräten zusammensetzen, die noch nicht zwei Duzend leitenden Zentrumsoffizieren in der inneren Verwaltung gegenüber, so kommen einem merkwürdige Gedanken zu den sozialdemokratischen Klagen über die angebliche Imparität des Zentrums und das um so mehr, wenn man sich die krasseste Suche sozialdemokratischer Stadtvorstandswahlkreise nach geeigneten Bewerbern für freie Stellen vergegenwärtigt. Die Zentrumspartei hat in vergangenen Jahrzehnten am eigenen Leibe fühlen gelernt, was es heißt, bei der Besetzung leitender Beamtenstellen planmäßig zurückgesetzt zu werden. Sie hat diese Erinnerung nicht vergessen und denkt daher auch nicht daran, lästigen Bewerbern anderer Parteien den Weg zum Aufstieg zu versperren. Wir lassen uns aber auch nicht durch noch so harte Worte der Sozialdemokraten davon abhalten, dort, wo wir es können, die alte Imparität zu beseitigen. Wir betrachten diese Arbeit als eine unserer vornehmsten Pflichten, die wir gegen unsere Gesinnungsgenossen haben, die jahrzehntelang schwer unter dieser Zurücksetzung gelitten haben und lassen bei dieser Wahrung unseres guten Rechtes uns auch durch die Klagen der Sozialdemokraten nicht zurückhalten.

Eisenbahner und Regierung

Rundgebung der bayerischen Eisenbahner

München, 20. Februar. Die Verhandlung des bayerischen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, den zuständigen Regierungstellen in Berlin eine Rundgebung zu unterbreiten mit dem einträglichen Entschluß, umgehend den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn durch eine allgemeine durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter der Lohnsteigerung für die Bergarbeiter zurückbleibt, zu Hilfe zu kommen. Nur auf diese Weise und mit ausreichenden Mitteln könne eine Verhütung des Eisenbahnerpersonals eintreten und die von neuem gefährdete Streikbewegung wirksam bekämpft werden.

Reichskanzler und Disziplinierungen

Berlin, 20. Februar. Heber die Aussprache, welche am Sonntag nachmittag durch Vermittlung des deutschvölkerteiligen Reichstagsabgeordneten Lokomotivfabrikarbeiter in der Reichstagskammer mit Vertretern der Eisenbahngewerkschaften stattfand, hat die Telegrammunion folgendes: Die Herren wurden vom Staatssekretär Hammer empfangen, da der Reichskanzler durch eine Sitzung verhindert war. Sie beschwerten sich, daß entgegen den Richtlinien des Kabinetts Massendisziplinierungen vorgenommen und daß die Richtlinien ebenfalls ausgelegt würden. Dabei sei die Frage, wer Heber sei, doch vorläufig noch durchaus unklar und es müsse erst eine authentische Interpretation herbeigeführt werden. Es wurde eine Liste von 7000 Disziplinierungen vorgelegt, bei der erklärt wurde, daß sie nicht einmal vollständig sei. Die Reichsgewerkschaft fordert, daß nur schwere Sachverhalte bestraft werden dürfen und daß keine Massendisziplinierungen erfolgen sollen. Am Verlaufe der Verhandlungen erschien dann auch der Reichskanzler. Er erklärte, er könne zwar nicht jeden einzelnen Fall nachprüfen, doch wolle er die ihm durch die Vermittlung der Organisationen mitgeteilten Fälle in Verbindung mit dem Reichsverkehrsministerium untersuchen. In Bezug auf die Massendisziplinierungen müsse die

Reichsgewerkschaft erst weiteres Material beibringen. Der Vorwurf des „Hebers“ soll in einer besonderen Kabinettsberatung festgestellt werden.

Eine Erklärung Stresemanns

Berlin, 20. Februar. Auf dem ersten Wahlkreisparteitag des Reiches in Teltow-Deeslow-Charlottenburg nahm am gestrigen Sonntag der Abgeordnete Stresemann Stellung zu allen aktuellen Fragen der Politik des Reiches. Er warnte u. a. davor, allzu große Hoffnungen auf die Konferenz von Genoa zu setzen. Er ging dann zur internationalen Lage über und bemerkte, im Eisenbahnerstreik habe die Regierung außerordentlich operiert. Dieser Streikentscheid, fuhr Stresemann fort, ziele keineswegs auf eine Befestigung des Reiches ab. Es bezog sich zunächst nicht auf die Gesamtpolitik. Nach der Vertrauensforderung des Kanzlers war eine Änderung des Vetos aber natürlich nicht mehr möglich. Für uns haben diese Tage der Verhandlungen den Vorteil gebracht, daß man einsehen, wie sich doch nicht die gebührenden offiziellen Schritte, denen man alles bieten kann, sondern wie können auch die Jähne zeigen. Vielleicht unferst Handelndes wird es sein, bei sachlicher Mitarbeit die Krisenphase der nationalen Idee aufzuklären zu lassen. Ich habe die allergrößte Sorge um die Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Im Rheinlande, im Süden wie auch in Ostpreußen sind Kräfte am Werk, mit Unterstützung der Entente das Reich auseinanderzusprengen. Es heißt jetzt zusammenfassen, was sich zusammenfassen läßt.

Der Abschluß der Aktion der Reichsgewerkschaft

Berlin, 20. Februar. Wie die Telegrammunion erzählt, wurde die nächste Sitzung des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnenbeamten und -Arbeiter am Montag anberaumt. Mit dieser Sitzung soll, falls bis dahin die Frage der Maßnahmen freiheitsgemäß gelöst ist, die Aktion endgültig abgeschlossen werden.

Deutscher Reichstag

173. Sitzung vom 18. Februar

Ein Gesetzentwurf über vorübergehende Reichspflegermaßnahmen im Grundbesitz auf dem Saargebiet wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso ein Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspatentamt. Ein Gesetzentwurf über die Abfertigung von Ausfuhrbescheinigungen und zur Ausführung des Artikels VII 2b des Londoner Zahlungsplanes wird dem Reparationsausschuß überwiesen.

Die Interpellation der Demokraten Deile und Cseresny über Pasterleistungen im Verkehr mit Österreich muß abgelehnt werden, da kein Abgeordneter zur Begründung anwesend ist. Darauf wird die zweite Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens fortgesetzt.

Abg. Tremmel (Zentrum) hat seinen Antrag auf Unterstützung der Pangerneisenindustrie aus dem angestammten Reichsfonds zurückgezogen.

Abg. Obermeyer (Soz.) nimmt den Antrag wieder auf. Die sozialen Vaudetriebe verdienen Unterstützung, weil sie billiger bauen als die Bauunternehmer. In den Kriegsjahren wurden diesen nicht nur Sozialjuristen sondern in Pangerneisen kommen.

Abg. Jand (Bayer. Volksp.): Der Antrag ist überflüssig, wenn er nicht die Konjunkturgewinne ausfällt.

Abg. Tremmel (Zentrum): Eine einseitige Unterstützung der sozialen Vaudetriebe wollte mein Antrag nicht.

Ministerialdirektor Dr. Müller: Alle Unternehmungen sollen unterstützt werden, die eine Verbilligung des Baues bezwecken.

Darauf schließt die Besprechung. — Die Abstimmung erfolgt in einer späteren Sitzung.

Darauf wird die Interpellation der Demokraten wegen Pasterleistungen im Verkehr mit Österreich mit Zustimmung des Reichstages angenommen, weil die Interpellanten inzwischen erschienen sind.

Abg. Deile (Dem.) begründet die Interpellation. Der Pasterleistung im Verkehr mit Österreich wird als Schilanz empfunden. Durch den Bismarckvertrag wird die Kapitalverflechtung auch nicht verhindert.

Reichsminister Dr. Köster gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung so bestrebt sei, das sein möge, nicht in der Lage ist, eine radikale Aufhebung des Bismarckvertrages zwischen Deutschland und den Nachbarländern, speziell mit Österreich in Aussicht zu stellen.

Nachdem noch Abg. Säreiber (Zentrum) die Rechnung angesprochen, Vorhüt wollen zu lassen, damit nicht über Österreich Angehörige der Volksländer in Massen zu uns kommen, und nachdem Abg. Köster (Komm.) gegen die Sozialdemokratischen polemisiert hatte, gab Minister Dr. Köster nochmals die Versicherung ab, daß die Heberfunktion durch ausländische Arbeiter zurückgedrängt werden müsse.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. Abstimmung über Mietsteuer und Mietzinssteuer. Staatsberatung.

Deutsches Reich

Vereinigung der deutschen Luftfahrverbände

Berlin, 20. Februar. Der Deutsche Luftfahrverband und der Vereinigte Deutsche Flugverband haben sich unter dem Namen „Deutscher Luftfahrverband“ zusammengeschlossen. Als Sitz des Verbandes wurde Bremen gewählt, wo der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Bus, seinen Wohnsitz hat. Die nächste Sitzung soll im Mai in Münster stattfinden. Der Kretzklub, der der Vereinigung noch nicht angehört, stellt seinen Beitritt in Aussicht.